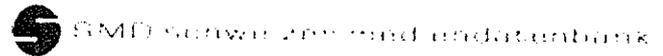


© Der Bund; 06.09.2007; Seite 1



front

Kommentar

## Unerträgliche Situation

Patrick Feuz

Eine Nationalratskommission präsentiert einen Bericht, der die Ereignisse rund um den Rücktritt von Bundesanwalt Valentin Roschacher rekonstruiert. Gleichzeitig verweist sie auf einen Plan zur Absetzung Roschachers, den die deutsche Polizei in der Tasche eines unter Geldwäsche-Verdacht stehenden Zürcher Ex-Bankers gefunden hat.

In diesem Plan sind Namen von Nationalräten und Journalisten aufgelistet, die gezielt auf die Absetzung Roschachers hinwirken sollten. Die Kommission sagt, zwischen der Chronologie von Roschachers unfreiwilligem Rücktritt und dem detaillierten Zeitplan des Ex-Bankers gebe es «Parallelen». Damit steht der ungeheuerliche Verdacht im Raum, dass Justizminister Christoph Blocher an einem Komplott gegen den Bundesanwalt beteiligt war.

Ob das fragliche Dokument echt ist, steht nicht hundertprozentig fest. Wie man das Papier gewichten muss, ist ebenfalls unklar. Trotzdem konnte die Nationalratskommission den Fund nicht ignorieren, weil dessen potenzielle Sprengkraft viel zu gross ist.

Solange die Situation so unerträglich spekulativ ist, kann man nicht seriös über den Fall diskutieren. Politische Fairness verbietet es zudem, die angebliche Verschwörung gegen Roschacher in die Erwägung einzubeziehen, ob Blocher im Dezember als Bundesrat wiedergewählt werden soll. Die Komplott-Hypothese darf bei der Bundesratswahl keine Rolle spielen.

Gleichzeitig muss jetzt die Nationalratskommission zusammen mit der Bundesverwaltung alles daran setzen, rasch volle Klarheit zu diesem möglicherweise brisanten Papier zu schaffen. Entpuppt sich das «Komplott» Blochers als Hirngespinnst, wie der Justizminister beteuert, muss der Gesamtbundesrat dies in aller Deutlichkeit klarstellen. Denn mit dem Beizug eines Rechtsberaters, der den Roschacher-Bericht der Nationalratskommission beurteilen soll, sendet er selber missverständliche Signale aus.

Sollte es aber handfeste Hinweise geben, dass Blocher tatsächlich sein Amt als Justizminister missbraucht hat, ist der Fall klar: Dann muss er sofort zurücktreten.